

Stellungnahme der Mainzer Netze GmbH zu

Eckpunktepapier BNetzA zur Integration von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen und steuerbaren Netzan Anschlüssen nach § 14a Energiewirtschaftsgesetz

A. Definition: „Dynamisches Steuern“ vs. „Statisches Steuern“

In diesem Modell werden zwei Arten des Steuerns unterschieden:

1. Dynamisches Steuern

- Auslösen einer Steuerung erfolgt aufgrund einer messtechnisch konkret festgestellten Auslastungssituation in Bezug auf die betroffenen Betriebsmittel (Betrachtungsfokus: Strang bzw. Trafo)
- Messtechnische Feststellung hat in Echtzeit zu erfolgen, maximal 3 Minuten Verzug zwischen messtechnischer Erfassung und Auswertung in der Netzsteuerung / Entscheidung über das Auslösen einer Steuerung
- Auslösen des Steuerbefehls ist erforderlich zur Beseitigung einer konkreten Gefährdung oder Störung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems im zulässigen Anwendungsbereich
- Aufrechterhaltung des Steuerbefehls ist nur so lange und in dem Maße gerechtfertigt, wie dies zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist

Es ist eine konkretere Definition erforderlich, was unter einer messtechnisch konkret festgestellten Auslastungssituation zu verstehen ist und wo genau diese erfasst werden soll. Ist es z.B. ausreichend, wenn in einer Transformatorenstation die Transformatorauslastung und die NS-Kabelabgänge gemessen werden und auf Basis dieser Messwerte in Verbindung mit ergänzenden Stützwerten zu Spannung in Kundenanlagen der Netzzustand der restlichen Betriebsmittel im Sinne einer State-Estimation abgeschätzt wird oder sind punktscharfe Messungen in allen Strängen, also auch an allen Strängen in nachgelagerten Kabelverteilern erforderlich? Diese Vorgabe wird einen großen Einfluss auf die Anzahl der benötigten Messtechnik und damit auf die Rollout-Investition und den späteren Betriebsaufwand.

Nach Auslösung des Steuerungsbefehls ist es für ein autonomes System schwierig, den notwendigen Zeitraum für den Steuerungseingriff anhand der nun reduzierten Messwerte zu bestimmen. Eventuelle massive Nachholeffekte sind nicht messbar und könnten nach Aufhebung des Eingriffs direkt eine erneute Überlastungsgefahr nach sich ziehen. In diesem Kontext wäre eine stufenweise Freigabe einzelner Verbrauchergruppen oder eine alternierende Freigabe von unterbrochenen SteuVE oder SteuNA in größeren Zeitabständen sinnvoll. Ansonsten kann es zu einem alternierenden EIN bzw. AUS im Minutentakt kommen.

2. Statisches Steuern

- Annahme einer drohenden Überlastungssituation darf auch rechnerisch auf Basis angemeldeter Anschlussleistungen für steuerbare Verbrauchseinrichtungen (SteuVE) sowie angenommener „Nichtanmelde-Dunkelziffern“ erfolgen (Betrachtungsfokus: Strang bzw. Trafo)
- Steuerungsvorgänge dürfen auf Basis der rechnerisch ermittelten Ergebnisse nach Zeitschema, Anzahl und Dauer im Vorhinein (präventiv) festgelegt werden (z.B. Einsatz von Zeitschaltuhren).
- Hinzukommende messtechnische Möglichkeiten (z.B. iMS-Zubau im Strang, Ermittlung der Leistungsflüsse an Trafo-Abgängen) sind, sobald verfügbar, sowohl bei der Ermittlung einer Steuerungsnotwendigkeit wie auch bei der Planung künftiger Steuerungsvorgänge unverzüglich zu berücksichtigen.

B. Zielmodell:**1. Anwendungsbereich:**

SteuVE und Regelungsgegenstand im Sinne der beabsichtigten Festlegungen sind (Aufzählung abschließend):

- Nicht-öffentlich zugängliche Ladepunkte für Elektromobile
- Wärmepumpenheizungen unter Einbeziehung etwaiger Zusatzheizvorrichtungen (Elektroheizstab)
- Anlagen zur Erzeugung von Kälte
- Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie (Stromspeicher) hinsichtlich der Strombezugsrichtung

mit einem maximalen Leistungsbezug von mehr als 3,7 kW, einem unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss am Niederspannungsnetz (NE 7) und einer Inbetriebnahme ab dem 01.01.2024.

- *Wird eine Unterscheidung zwischen Wohnungen und Gewerbe getroffen?*
- *Welche SteuVE sind als Anlagen zur „Erzeugung von Kälte“ konkret vorgesehen?*
 - *Klimaanlagen*
 - *Kühlhäuser*
 - *Kühltruhen (Einzelhandel)*
 - *...*

2. Rechte und Pflichten des Verteilnetzbetreibers

2.1. Teilnahmeverpflichtung

- alle Verteilnetzbetreiber
- alle Niederspannungs-Netzgebiete eines Verteilnetzbetreibers
- alle Niederspannungs-Leitungsstränge eines Netzgebietes (vom Trafo Mittelspannung/Niederspannung bis zum Niederspannungs-Anschlussnehmer)
- Teilnahmeverpflichtung ohne Ausnahme

Gemäß obiger Formulierung ist der Text so zu verstehen, dass alle Niederspannungs-Leitungsstränge gemessen werden müssen. Dies kann in einigen Fällen aufgrund von Leistungsreserven durch einen zukunftsorientierten Netzausbau noch nicht oder nie erforderlich sein.

Die Messung „aller“ Stränge bedeutet eine erhebliche Investition für den Roll-Out der einzubauenden Messtechnik und eine Erhöhung der Betriebskosten. Hierzu liegen uns Erfahrungen aus eigenen Pilotprojekten vor.

In verschiedenen Forschungsprojekten konnten kostengünstigere Alternativen aufgezeigt werden. Dem Netzbetreiber sollten Freiheitsgrade bezüglich der Technologieauswahl und alternativer smarter Herangehensweisen eröffnet werden.

Weiterhin sollte es dem Netzbetreiber überlassen bleiben, ob und wann er einen Einbau von Messtechnik für konkrete Betriebsmittel als notwendig erachtet. Solange Anschlüsse nicht abgelehnt werden dürfen und „statisches Steuern“ als erste Vorstufe nicht durchgeführt werden muss, kann durch ein gezieltes Monitoring mit vorhandenen Bestandstechnologien im Netz eine ausreichende Beurteilung des Netzzustands realisiert werden. Durch das QS-Element wird ergänzend die Versorgungsqualität überwacht und dokumentiert. Sollte aufgrund von Überlastauslösungen ein statisches Steuern erforderlich werden, könnte nach einer festzulegenden Frist eine Einbauverpflichtung geeigneter Sensoren als Grundlage für ein dynamisches Steuern verpflichtend werden.

2.2. Steuerungsberechtigung

- „Steuerung“ = Reduzierung des Wirkleistungsbezuges von SteuVE (bzw. von Steuerbaren Netzanschlüssen (SteuNA)) durch den Verteilernetzbetreiber
- § 14a Maßnahmen sind „marktbezogene Maßnahme“ i.S.v. § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 i.V.m. § 14 Abs. 1 EnWG. Allgemeine Regelungen für Systemsicherheitsmaßnahmen (z.B. zum Einsatz und zum Informationsaustausch) finden Anwendung, soweit keine spezielleren Regelungen vorgesehen sind.
- Zulässige Steuerungsart: Ausschließlich Dynamisches Steuern
- Zulässiger Anwendungsbereich für Steuerung: Ausschließlich zur Beseitigung von strom- und spannungsbedingten Gefährdungen oder Störungen durch Betriebsmittelüberlastungen im NS-Leitungsstrang, an den die SteuVE (bzw. der SteuNA) angeschlossen ist, oder im Trafo MS/NS, der unmittelbar mit dem NS-Abgang verbunden ist.
- Ein Abruf nach § 14a EnWG zur Beseitigung von Gefährdungen oder Störungen außerhalb des lokalen Anwendungsbereiches ist ausgeschlossen, so dass z.B. Abrufe nach § 14a EnWG zur Entlastung von Engpässen in vorgelagerten Netzen auf Aufforderung eines vorgelagerten Netzbetreibers in der „Kaskade“ nach § 14 Abs. 1c EnWG ausscheiden.

- Ist die Beseitigung von Gefährdungen in eigenen vorgelagerten Netzen zulässig?

- Diskriminierungsfreie Auswahl der zu steuernden StVE / SteuNA: Soweit technisch umsetzbar gleichmäßige anteilige Leistungsreduzierung aller SteuVE / SteuNA im Strang (oder alternativ die fallweise alternierende Steuerung von SteuVE / SteuNA). Für die Auswahl nach § 13 Abs.1 S. 2 EnWG wird für alle SteuVE / SteuNA die gleiche Wirksamkeit in Bezug auf die abzuwendende Betriebsmittelüberlastung fingiert.
- Rechtsfolgen der Steuerung:
 - o Kein bilanzieller Ausgleich.
 - o Kein (zusätzlicher) finanzieller Ausgleich (neben der Netzentgeltreduzierung, s.u. Abschnitt 5).
- Stromspeicher können grundsätzlich sowohl nach § 13a EnWG (RD 2.0) als auch nach § 14a EnWG (SteuVE) erfasst sein. Für die Beseitigung von Gefährdungen und Störungen im Anwendungsbereich des § 14a EnWG erfolgt die Reduzierung des Wirkleistungsbezugs (Verbrauchsreduzierung Einspeichern) nach § 14a EnWG als vorrangige Spezialregelung. Im Übrigen bleibt § 13a EnWG anwendbar.

2.3. Auslöser für Netzertüchtigungspflichten (Ausbau, Verstärkung, Optimierung)

- Grundsätzliche Pflicht zur bedarfsgerechten Netzertüchtigung nach § 11 Abs. 1 EnWG gilt dauerhaft und uneingeschränkt.
- Werden hinter einem Trafo oder in einem Strang bereits Steuerungsmaßnahmen nach § 14a EnWG durchgeführt und ist mit weiteren Maßnahmen zu rechnen, so muss der Netzbetreiber spätestens dann seine Netzausbauplanung für diesen Netzbereich anpassen.
- Bedarfsgerechter Netzausbau hat dabei vorausschauend zu erfolgen und soll sich dabei auf das für die jeweilige Region geltende Regionalszenario nach § 14d EnWG stützen.
- *Warum ist nach vereinzelter Steuerungsmaßnahmen zwingend ein Netzausbau durchzuführen? Nach unserer Einschätzung kann es in einigen Gebieten durch die Netzentlastung von dezentralen PV-Einspeisungen nur temporär bei kalten Dunkelflauten zu temporären Netzengpässen in wenigen Stunden im Jahr kommen. Hier wären steuernde Eingriffe auf Dauer eine wirtschaftliche Lösung, zumal die gesamte Messtechnik dann bereits eingebaut ist. Diese wäre nach Netzausbau dann weitgehend nutzlos.*

Die Verpflichtung der Netzbetreiber, vorausschauend das Netz auszubauen und bedarfsgerecht zu verstärken, macht den (temporären) Aufbau einer zur dynamischen Steuerung erforderlichen aufwändigen Mess- und Steuerungstechnik uninteressant und unwirtschaftlich.

Sinnvoll wäre die Festlegung einer zulässigen Anzahl von Steuereingriffen und Gesamtdauer pro Jahr. Erst wenn diese Anzahl oder die Gesamtdauer überschritten wird, sollte ein Netzausbau zwingend erforderlich werden. So wird vermieden, dass wegen wenigen Steuerungsmaßnahmen pro Jahr das Netz auszubauen ist. Wird direkt bei der ersten Steuerung ein Netzausbau erforderlich, ist ein Ausbau mit Messtechnik nicht kosteneffizient.

3. Rechte / Pflichten des Letztverbrauchers

3.1. Teilnahmeverpflichtung

- Alle Betreiber von SteuVE gemäß oben B.1.
- Teilnahmeverpflichtung ohne Ausnahme
- *Die Verpflichtung, nicht öffentliche Ladepunkte und Wärmepumpen (teilweise) zur Absteuerung zur Verfügung stellen zu müssen, wird die Akzeptanz und die Bereitschaft zur Umstellung auf Elektrofahrzeuge und Wärmepumpen erheblich beeinträchtigen, da die Verbraucher vermuten werden, dass bei auftretenden Netzengpässen weitergehende Einschränkungen (bis hin zum Ladeverbot oder zum Verbot der Nutzung von Heizstäben) verordnet werden.*
- *Sind für den Betrieb von Wärmepumpen dann zwingend Wärmespeicher notwendig? Für welche Zeiträume in Stunden müssen diese Wärmespeicher dann ausgelegt sein?*

3.2. Anspruch auf sofortigen Netzanschluss

Der Netzbetreiber kann dem Begehren nach Anschluss einer von dieser Festlegung erfassten SteuVE nicht entgegenhalten, es sei hinter dem betreffenden Trafo / im betreffenden Strang eine Betriebsmittelüberlastung zu besorgen.

- *Bleiben in diesem Kontext die bisherigen Regelungen der NAV und der TAB, z.B. der Genehmigung von Ladeeinrichtungen ab 12 kVA an einem Netzanschluss bestehen oder dürfen dann beliebige Leistungen für Ladeeinrichtungen ohne Zustimmung des Netzbetreibers als SteuVE angeschlossen werden?*

3.3. Technische Anforderung an Steuerbarkeit durch den Netzbetreiber

- Soweit noch kein iMS vorhanden: Einhaltung der technischen Vorgaben des Netzbetreibers in Bezug auf die Einrichtung einer Steuerung der SteuVE
- Ab Einbau eines iMS: Bereitstellung der erforderlichen Technik zur Anbindung der SteuVE an das iMS durch MSB
- Kein separater Zählpunkt für SteuVE erforderlich

4. Bezugspunkt der Steuerung durch VNB

4.1. Variante 1: Einzelsteuerung einer SteuVE

- VNB-Steuerbefehl geht auf die einzelne SteuVE
 - Der einzelnen SteuVE wird auch im Fall des Eingriffs ein Wirkleistungsbezug in Höhe von 3,7 kW weiterhin ermöglicht; technisches Unvermögen einer SteuVE, auf 3,7 kW zu reduzieren, befreit nicht von Teilnahme, sondern geht zum Nachteil der SteuVE (dann Abregelung auf „0“)
- *Eine Reduzierung auf 3,7 kW wird den Engpass auf Dauer nicht lösen, da die zu transportierende Energie nur zeitlich verzögert bezogen wird. Die Ladezeiten werden entsprechend länger. Eine temporäre Reduzierung auf 0 kW für 1h oder 2h und ein alternierender Wechsel zwischen verschiedenen SteuVE würde dem Netzbetreiber mehr Flexibilität ermöglichen.*
 - *Für einen garantierten Wirkleistungsbezug von 3,7 kW der SteuVE bzw. 5 kW des SteuNA sind die Niederspannungs-Verteilnetze bisher nicht ausgelegt. Bei Ausschöpfung der Leistung am Strang wären Netzüberlastungen selbst durch eine Steuerungsmaßnahme nicht zu verhindern.*
 - *Für Ladeinfrastruktur und Speicher sollte eine Reduzierung auf 0 kW für einen definierten Zeitraum durch den VNB zulässig sein, soweit die Energie in einem definierten Zeitraum (z.B. bis 6 Uhr morgens) anschließend bereitgestellt wird.*

4.2. Variante 2: Prosumersteuerung eines SteuNA

- VNB-Steuerbefehl geht auf Netzanschlusspunkt (Netzllokation)
 - Anschlussnehmer hat durch Energie-Management-System (EMS) dafür Sorge zu tragen, dass die vom Netzbetreiber vorgegebene Leistungsobergrenze nachweisbar eingehalten wird.
 - Auch im Fall der maximalen Herunterreglung des SteuNA wird für jedes Anschlussnutzungsverhältnis hinter dem Netzanschluss weiterhin ein Leistungsbezug in Höhe von 5 kW (bezogen auf eine Viertelstunde) zugestanden.
- *Der vorgeschlagene sicherzustellende Leistungsbezug in Höhe von 5 kW pro Anschlussnutzungsverhältnis (z.B. je Wohneinheit) berücksichtigt nicht die historischen Planungswerte auf Basis bekannter Gleichzeitigkeitseffekte. In der Regel sind weder bestehende Netzanschlüsse noch bestehende Netzstrukturen dafür ausgelegt, dass jedes Anschlussnutzungsverhältnis bzw. jede Wohneinheit zeitgleich 5 kW beziehen kann. Zeitgleiche Werte von 2 kW sind eher als realistisch anzusehen. Die einzelnen Anschlussnutzungsverhältnisse können jedoch unter Ausnutzung der Gleichzeitigkeit eine höhere Leistung beziehen. In größeren Mehrfamilienhäusern sind die Netzanschlüsse aufgrund der planerisch ausgenutzten Gleichzeitigkeitseffekte nicht in der Lage, 5 kW pro Wohneinheit (Anschlussnutzungsverhältnis) bereit zu stellen.*
⇒ *Wir empfehlen den Satz zu streichen.*
 - *Weiterhin ist zu hinterfragen, was unter „Anschlussnutzungsverhältnis“ zu verstehen ist. Bei einem Anschlussobjekt (z.B. Einfamilienhaus) mit Allgemeinverbrauch, Ladepunkt, einer Wärmepumpe können drei getrennte Anschlussnutzungsverhältnisse vorliegen, sofern drei separate Zählpunkte vorliegen.*

4.3. Variantenauswahl durch Letztverbraucher

- Der Letztverbraucher legt vor Inbetriebnahme der SteuVE fest, ob die Steuerung nach Variante 1 oder 2 erfolgen soll. Eine spätere Änderung der Variante ist möglich.
 - *Wenn der einzelne Letztverbraucher die Variante auswählen kann, bedeutet dies bei einem größeren Objekt evtl. eine Kombination beider Steuerungsvarianten, die bereitgestellt werden müssen:*
 - LV 1 wünscht Variante 1*
 - LV 2 wünscht Variante 2*
 - LV 3 wünscht Variante 2*
 - LV 4 wünscht Variante 1*
 -*
 - *Wie ist die Kombination mit Mieterstrommodellen vorgesehen, wenn einzelne Letztverbraucher/Anschlussnutzer nicht am Mieterstrommodell partizipieren wollen?*

5. Netzentgeltreduzierung

5.1 Anspruch auf Netzentgeltreduzierung

- Nach § 14a Abs. 1 Satz 1 EnWG n.F. kann die Bundesnetzagentur festlegen, dass Lieferanten und Letztverbraucher, die mit einem Betreiber eines Elektrizitätsverteilungsnetzes einen Netznutzungsvertrag abgeschlossen haben, einen Anspruch auf ein reduziertes Netzentgelt im Gegenzug für die netzorientierte Steuerung haben.
- Die Bundesnetzagentur beabsichtigt, von Ihrer Festlegungsermächtigung nach § 14a Abs. 1 Satz 1 und Satz 3 Nr. 8 EnWG n.F. i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG Gebrauch zu machen, indem sie die Methode, wie ein reduziertes Netzentgelt nach § 14a Abs. 1 Satz 1 EnWG n.F. zu berechnen ist, vorgibt. Die Beschlusskammer 8 ist zuständig nach § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG. Sie plant festzulegen, dass das Netzentgelt um einen pauschalen absoluten Betrag reduziert wird. Denn der Verzicht auf einen separaten Zählpunkt für eine steuerbare Verbrauchseinrichtung erfordert eine Abkehr von der Systematik des reduzierten Arbeitspreises.
- Die Höhe der pauschalen Netzentgeltreduzierung soll dabei bundesweit einheitlich sein, kalenderjährlich ausgewiesen werden und könnte sich mangels geeigneterer Kriterien an den zusätzlichen Kosten orientieren, die dem Netznutzer für die Einrichtung oder Herstellung der Steuerbarkeit entstehen. Dabei geht die Bundesnetzagentur davon aus, dass diese gem. § 14a Abs. 1 Satz 1 sowie Satz 3 Nr. 8 EnWG i.d.F.v. 1.1.2023 die bundesweite Festlegungskompetenz abweichend von § 54 Abs. 2 Nr. 5 EnWG hat.
- Die hier denkbare Festlegung (BK8-22/010-A) der Beschlusskammer 8 soll auf die 4. Regulierungsperiode (2024 – 2028) befristet werden.
- Die Beschlusskammer 8 behält sich vor, in einer anschließenden Festlegung Vorgaben darüber zu treffen, die „§ 14a EnWG - Kunden“ in ein LP/AP-System zu überführen. Grundlage dafür ist jedenfalls der fortgeschrittene Rollout intelligenter Messsysteme.
- Netzanschlusskosten (NAK) finden keine Berücksichtigung bei der Berechnung eines reduzierten Netzentgeltes. Diese sind diskriminierungsfrei und gleich zu entrichten.
- Dabei geht die Bundesnetzagentur davon aus, dass diese gem. § 14a Abs. 1 Satz 1 sowie Satz 3 Nr. 7 EnWG i.d.F.v. 1.1.2023 die bundesweite Festlegungskompetenz abweichend von § 54 Abs. 2 Nr. 6 EnWG hat.

Die Höhe der pauschalen Netzentgeltreduzierung sollte in einem angemessenen Verhältnis zum Leistungsreduzierungspotenzial stehen, „Alibi-SteuVE“ sollten vermieden werden.

Wie ist die Überwachung der tatsächlichen Verfügbarkeit von SteuVE und eine mögliche Pönalisierung bei Nichtfunktion vorgesehen, da ansonsten Alibi-SteuVE-Anträge zur Erzielung vergünstigter Netzentgelte die Folge sein könnten?

5.2 Ausschüttung der Entgeltreduzierung

- Die Zahlung erfolgt unabhängig davon, ob tatsächlich Steuerungseingriffe erfolgt sind. Grundlage für die Zahlung ist bereits die Möglichkeit, einen solchen Eingriff vornehmen zu können.
- Aktuell noch offen diskutiert wird die Frage, in welchem Rechtsverhältnis die Ausschüttungen vorgenommen werden. Derzeit erfolgt die Abwicklung im Netznutzungsverhältnis und eine Weiterverrechnung der Pauschale erfolgt in der Abrechnung des Lieferanten an den Verbraucher gemäß den geltenden Vertrags- und Abrechnungsbeziehungen. Die pauschale Netzentgeltreduzierung ist dabei transparent in einer Abrechnung des Lieferanten an den Kunden auszuweisen.
- Alternativ vorstellbar ist eine direkte Zahlungsbeziehung zwischen Netzbetreiber und Anschlussnutzer (Letztverbraucher), was allerdings mit einem hohen Umsetzungsaufwand verbunden sein dürfte.

Die direkte Zahlungsbeziehung zwischen Anschlussnutzer und Netzbetreiber sollte vermieden werden, da der Umsetzungsaufwand erheblich ist.

Eine Reduzierung der Netzentgelte für SteuerVE sollte nur gewährt werden, bis der Netzausbau erfolgt ist. Danach wären keine Steuerungsmaßnahmen mehr erforderlich.

C. Übergangsregelungen

1. Verbraucherseitig
 - Für alle Anlagen, die vor dem 01.01.2024 in Betrieb gegangen sind und die bereits eine § 14a-Vereinbarung eingegangen sind, gelten die bisherigen Regelungen bis längstens zum 31.12.2028 unverändert fort.
 - Nachtspeicherheizungen kommen bis zu ihrer Außerbetriebnahme dauerhaft in den Genuss einer vor dem 01.01.2024 abgeschlossenen § 14a-Vereinbarung.
 - Alle Anlagen (außer Nachtspeicherheizungen) mit einer vor dem 01.01.2024 abgeschlossenen § 14a-Vereinbarung werden zum 01.01.2029 auf das Zielmodell übergeleitet.
 - Für Anlagen, die vor dem 01.01.2024 in Betrieb gegangen sind und keine § 14a-Vereinbarung abgeschlossen haben, gilt die bisherige Rechtslage dauerhaft fort.
 - Ein freiwilliger Wechsel der vorgenannten Kundengruppen in das Zielmodell ist jederzeit möglich (ohne Rückkehrmöglichkeit).
2. Netzbetreiberseitig
 - Übergangsweise Befugnis zum Statischen Steuern
 - Sobald in einem Niederspannungs-Leitungsstrang die technischen Voraussetzungen für die Umsetzung des Dynamischen Steuerns geschaffen sind, ist hiervon für diesen Bereich des Netzgebiets Gebrauch zu machen.
 - Dauer der Übergangsfrist: längstens bis zum 01.01.2029

D. Monitoring / Informationsmeldungen

- Es gelten die allgemeinen wechselseitigen Informationspflichten für marktbezogene Maßnahmen.
- Für die Informationspflichten der VNB gegenüber der Bundesnetzagentur heißt das konkret:
 - Alle vorgenommenen Steuerungsmaßnahmen (Dauer/Intensität) sind strangscharf zu dokumentieren. Im Falle der dynamischen Steuerung sind zusätzlich die Messwerte, die zu den Steuerungshandlungen geführt haben, strangscharf zu dokumentieren.
 - Alle Netzausbaumaßnahmen, die aufgrund von Steuerungsmaßnahmen angestoßen wurden, sind strangscharf zu dokumentieren.
 - Die genannten Daten sind der Bundesnetzagentur auf Verlangen mitsamt der zugehörigen Netzplanung vorzulegen.
- Zusätzlich: Einbeziehung der Steuerungshandlungen in die jährliche Monitoring-Abfrage.